

# Mehr Geld für Osteuropa

Bundesrat plant neue «Ostmilliarde», obwohl Brüssel keine Zugeständnisse macht

Von Dominik Feusi, Bern

Bei der Umsetzung der Zuwanderungs-Initiative ist die EU der Schweiz in fast drei Jahren Verhandlungen keinen Millimeter entgegengekommen, obwohl im Freizügigkeitsabkommen vorgesehen ist, dass «bei schwerwiegenden wirtschaftlichen oder sozialen Problemen» Massnahmen ergriffen werden können. Der Passus – immerhin vertraglich vereinbart – blieb toter Buchstabe. Die FDP-SP-Koalition der Unterwürfigen knickte trotzdem ein und verwarf, begleitet von EU-Lobbying im Parlament, nur schon die Möglichkeit, derartige Massnahmen irgendwann einseitig zu beschliessen.

Trotz zahlreicher Verhandlungsrunden stecken die Verhandlungen über ein Rahmenabkommen mit der EU fest. Auch hier gibt die EU nicht einen Millimeter nach. Die Schweiz hat zum Erstaunen der EU angeboten, dass ihr Gerichtshof zur Streitbeilegung beigezogen wird, allerdings nur für ein «Gutachten», nicht für ein definitives Urteil. Das ist für die EU inakzeptabel. Auch hier gibt die EU nicht nach.

Gleichzeitig verknüpft die EU die Teilnahme der Schweiz am Forschungsabkommen «Horizon 2020» an die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien, obwohl das eine mit dem anderen sachlich nichts zu tun hat.

## Nächste Zugeständnisse

Am Ende des ablaufenden Politikjahres kann festgehalten werden, dass die EU mit dem Bundesrat und der Mehrheit des Parlamentes umspringt, wie es ihr passt. Trotzdem tauchen bereits die nächsten Zugeständnisse der Schweiz am Horizont auf. Das geht aus den Zielen des Bundesrates für das kommende Jahr hervor. Schon dieses Jahr wollte der Bundesrat ein Abkommen mit der EU über ein institutionelles Rahmenabkommen fertigstellen. Gemäss den neuen Zielen des Bundesrates soll nun 2017 ein Abkommen unterzeichnet werden. Dies, obwohl mit dem Entscheid der Briten, aus der EU auszutreten, eine neue Ausgangslage entstanden ist.

Ebenfalls schon bald dürfte der Bundesrat eine neue «Kohäsionsmilliarde» beschliessen. Ab 2008 bezahlte



Noch einmal, noch mehr. Bundesrat Johann Schneider-Ammann mit EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker im September dieses Jahres in Zürich. Foto Keystone

die Schweiz in den osteuropäischen Ländern rund 300 Projekte für rund 1,3 Milliarden Franken, sozusagen als Preis für die bilateralen Verträge. Dieses Programm läuft Ende 2017 aus. Die Verlängerung dieser «Ostmilliarde» hat der Bundesrat ebenfalls in seinen Zielen für das kommende Jahr festgehalten. Der Tages-Anzeiger berichtete gestern unter Berufung auf bundesratsnahe Kreise, dass es sich dabei sogar um einen «leicht höheren» Betrag handeln werde. Da der Franken in der Zwischenzeit im Vergleich zum Euro deutlich an Wert zugelegt hat, würde das sehr viel mehr Geld für die EU-Mitglieder im Osten Europas als mit den bisherigen Beträgen bedeuten. Die nächste «Kohäsionsmilliarde» müsste eigentlich kleiner ausfallen und wäre dennoch mehr wert als die letzte Zahlung aus der Schweiz. Brisant: Bundesrat Didier Burkhalter hat die Vorbereitungsarbeiten bislang offenbar ohne Information der Aussenpolitischen Kommissionen vorangetrieben.

Noch einmal Milliarden aus der Schweiz für die EU ohne jegliche Konzessionen von Brüssel? Wie unterschiedlich das nächste europapolitische Zugeständnis des Bundesrates im Parlament ankommt, zeigen die Reaktionen der beiden Aussenpolitiker aus der Region. Der Baselbieter SP-Nationalrat und Befürworter eines EU-Beitritts, Eric Nussbaumer, sagt: «Wenn es Kohäsionszahlungen braucht, damit die europäische Integration gelingt, dann soll auch die Schweiz ihren Beitrag leisten.» Als Verhandlungspfad eigne sich die Osthilfe nicht.

## «An die Wand gefahren»

Elisabeth Schneider-Schneiter (CVP, BL) meint hingegen, das Zugeständnis komme zu früh: «Dieses Thema jetzt aufzugreifen, ist Wasser auf die Mühlen der SVP. Damit wird der bilaterale Weg an die Wand gefahren.» Der Zeitpunkt sei «grob fahrlässig». Im Vordergrund steht für sie die Teilnahme

der Schweiz am Forschungsabkommen «Horizon 2020», das von der EU mit der Umsetzung der Zuwanderungs-Initiative verknüpft wurde.

Doch auch dabei spielt die EU mit der Schweiz: Sie verknüpft verschiedene Angelegenheiten miteinander, wie es ihr gerade passt. Vor drei Jahren, vor Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative, verknüpfte sie das Forschungsabkommen mit 244 Millionen Franken für die EU-Atomforschung und das Kernfusionsprojekt «Iter» in Südfrankreich. Doch nach dem Ja zur Zuwanderungs-Initiative galt diese Verknüpfung nicht mehr: Die EU bestrafte die Schweiz für den Abstimmungsentscheid und schmiss sie aus dem Forschungsprogramm.

Das Geld für die Atomforschung nahm Brüssel trotzdem. Die EU betreibt «Rosinenpickerei», hiess es damals im Parlament. Das sei «Wortbruch». Konsequenzen aus dem Brüsseler Unterzug zog weder der Bundesrat noch das Parlament.

## Wettbewerbsfaktor gegen Gesundheitsbedenken

Ständerat will keine höheren Grenzwerte für Mobilfunkantennen

Bern. Die Grenzwerte für Mobilfunkantennen sollen nicht angehoben werden. Der Ständerat hat sich nach intensiver Diskussion dagegen ausgesprochen. Der Ständerat lehnte den Vorstoss mit 20 zu 19 Stimmen bei 3 Enthaltungen ab. Die Motion ist damit erledigt. Der Nationalrat wollte den Bundesrat beauftragen, die Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung zu revidieren. Aus seiner Sicht sind die Auflagen heute zu einschränkend.

Auch im Ständerat sahen das viele so. Das Mobilfunknetz müsse so rasch wie möglich modernisiert werden, forderten die Befürworter. Eine gute Mobilfunkqualität sei ein wichtiger Wettbewerbsfaktor. Obwohl die Schweiz aktuell eines der modernsten Netze besitze, drohe sie ins Hintertreffen zu geraten, sagte Kommissionssprecher Hans Wicki (FDP, NW).

## Gesundheit geht im Zweifel vor

Viele Anlagen hätten den Grenzwert ausgeschöpft. Werde dieser erhöht, könne auf den Bau Tausender zusätzlicher Anlagen verzichtet werden, gab Wicki zu bedenken. Das sei auch für elektrosensible Personen besser. Zudem habe die Schweiz im europäischen Vergleich heute strenge Grenzwerte.

Die Gegner warnten vor möglichen gesundheitlichen Auswirkungen. Der Organismus reagiere erwiesenermassen auf Strahlungen weit unter dem Grenzwert. Das Ziel lasse sich auch auf anderem Weg erreichen, zum Beispiel mit Glasfaserkabeln. Das Parlament müsse die Bedenken und Gesundheitsprobleme der Menschen ernst nehmen, for-

derte Brigitte Häberli-Koller (CVP, TG). Die gesundheitlichen Auswirkungen seien unklar, und im Zweifel müsse die Gesundheit höher gewichtet werden.

Thomas Minder (parteilos/SH) sprach sich gar für ein «Grenzwertmoratorium» aus. Er sei – wie die meisten im Saal – kein Experte, räumte er ein. Doch es müsse «etwas dran sein». Das schliesse er aus all den Zuschriften von leidenden und aufgebrachten Menschen. Niemand kenne die Langzeitfolgen der Strahlung, sagte Minder. Zu behaupten, tiefere Grenzwerte hätten keine negativen Folgen, sei einfach nicht seriös.

Konrad Graber (CVP, LU) erwiderte, auch er habe viele Zuschriften erhalten. Manche davon seien von iPhones und iPads verschickt worden. Das zeige die «Schizophrenie». Den Komfort der mobilen Kommunikation schätzten alle, die Folgen aber wolle man nicht. Jährlich verdopple sich das versendete Datenvolumen in der Schweiz.

Claude Janiak (SP, BL) stellte fest, das Thema scheine die Menschen viel mehr zu bewegen als das Budget oder die Altersvorsorge. Die Ratsmitglieder seien in einer Art und Weise bestürzt worden, die er als grenzwertig empfinde. Er sprach sich für die Motion aus. Auch Bundesrätin Doris Leuthard (CVP) wies auf Widersprüche hin. «Alle wollen Internet bis in die SAC-Hütte hinauf», sagte Leuthard. Die Strahlung aber wolle niemand. Sie wies darauf hin, dass 90 Prozent der Strahlenbelastung vom Endgerät komme und nicht von der Antenne. Dessen seien sich viele nicht bewusst. SDA

## Nationalrat setzt auf Eigenverantwortung

Parlament erhöht Franchise der Krankenversicherung

Bern. Kranke müssen sich künftig stärker als bisher an den Gesundheitskosten beteiligen. Das Parlament will insbesondere die tiefste Franchise von 300 Franken regelmässig nach oben anpassen – je nach Kostenentwicklung in der Krankenversicherung. Der Nationalrat hat gestern als Zweitrat eine entsprechende Motion gutgeheissen, mit 129 zu 54 Stimmen bei 3 Enthaltungen. Der Bundesrat wird beauftragt, das Krankenversicherungsgesetz anzupassen.

Im Visier hat das Parlament vor allem die tiefste Franchise von heute 300 Franken, die sogenannte Standardfranchise. Eine Erhöhung führe dazu, dass Versicherte in Bagatellfällen mit einem Arztbesuch eher zuwarten und weniger häufig unnötige medizinische Leistungen in Anspruch nehmen, zeigte sich eine Ratsmehrheit überzeugt. «Wer sich in einem höheren Umfang an den Kosten beteiligen muss, überlegt es sich eher, ob der Gang zum Arzt nötig ist, oder ob bei einer Bagatelle auch Abwarten und Teetrinken eine Möglichkeit wäre», sagte Kommissionssprecherin Regine Sauter (FDP, ZH).

Auf diese Weise könne das Kostenwachstum in der obligatorischen Krankenversicherung gebremst werden, zeigte sich eine Ratsmehrheit überzeugt. Jeder Beitrag zur Dämpfung des Kostenwachstums sei zu begrüssen und rasch umzusetzen. «Damit die Krankenkassenprämien bezahlbar bleiben, müssen wir die Eigenverantwortung stärken», sagte Kommissionssprecher Raymond Clottu (SVP, NE).

Eine Minderheit zweifelte daran, dass höhere Franchisen zu mehr Eigenverantwortung führten – und lehnte den Vorstoss ab. Stattdessen würden niedrige und mittlere Einkommen stärker belastet. Es sei verheerend, wenn Menschen aus Kostengründen auf einen Arztbesuch verzichteten, sagte Barbara Gysi (SP, SG). Zudem sei die Eigenbeteiligung der Versicherten an den Gesundheitskosten im europäischen Vergleich bereits am höchsten.

## Seit 1996 mehr als verdoppelt

Auch der Bundesrat hat sich gegen die neue Regelung ausgesprochen. Die Regierung sei ebenfalls für mehr Eigenverantwortung, sagte Gesundheitsminister Alain Berset. Aber der Vorschlag bringe nichts. Denn schon heute überprüfe der Bundesrat die Franchise regelmässig. Seit 1996 habe sich die tiefste Franchise mehr als verdoppelt. Das Franchisen-System wird die Politik weiterhin beschäftigen. Der Nationalrat hat gestern als Ersttrat einer weiteren Motion zugestimmt, die mehr unternehmerische Freiheit bei der Festlegung der Franchisen verlangt. Die Motion verlangt, dass die Wahlmöglichkeiten für Versicherte erhöht werden und die Krankenkassen mehr Versicherungsmodelle anbieten dürfen.

Einen weiteren Vorschlag haben die Gesundheitskommissionen von National- und Ständerat ins Spiel gebracht: Kurzfristige Änderungen der Franchise sollen nur noch eingeschränkt möglich sein. SDA

## Fit für die Energiewende

Stromnetz wird angepasst

Bern. Im Stromnetz gibt es Engpässe, der Ausbau geht schleppend voran. Die schwankende Produktion aus erneuerbaren Energien verursacht zusätzliche Probleme. Einstimmig hat der Ständerat gestern eine Gesetzesänderung gutgeheissen, mit der diese Herausforderungen bewältigt werden sollen.

Das Bundesgesetz über den Um- und Ausbau der Stromnetze hat zum Ziel, dass Leitungen mit der benötigten Kapazität rechtzeitig zur Verfügung stehen. Es setzt bei der Netzentwicklung an. Energiewirtschaftliche Szenarien des Bundesamts für Energie dienen als Basis für die Ermittlung des künftigen Netzbedarfs und für die Planung des Netzausbaus. Um die Verfahren zu beschleunigen, werden die Fristen verkürzt. Die Natur- und Heimatschutzkommission beispielsweise hat künftig nur noch drei Monate Zeit für ein Gutachten.

## Bevölkerung einbeziehen

Zusätzlich beschleunigt werden sollen die Verfahren durch eine tiefere Zahl von Beschwerden. Um das zu erreichen, wird die Bevölkerung stärker einbezogen. Eine bessere Öffentlichkeitsarbeit soll für mehr Transparenz und bessere Akzeptanz sorgen. Ins gleiche Kapitel gehört das Thema Erdkabel. Künftig soll das Verteilnetz grundsätzlich in der Erde verlegt werden, sofern dies höchstens dreimal mehr als eine Freileitung kostet. Kosten, die diesen Faktor überschreiten, dürfen den Endkunden nicht in Rechnung gestellt werden. Diese technischen Vorgaben zur Förderung von Erdkabeln erwiesen sich als politisches Herzstück der Vorlage.

Ein anderer Entscheid kommt den Stromproduzenten zugute. Der Ständerat will ihnen erlauben, den selber produzierten, tendenziell teureren Strom in der Grundversorgung abzusetzen. Den Preisvorteil eingekauften Stroms müssten sie nicht weitergeben. Andernfalls wären Elektrizitätsversorger, die selber Strom produzieren, schlicht nicht mehr konkurrenzfähig, sagte Beat Vonlanthen (CVP, FR).

Bundesrätin Doris Leuthard sprach sich dagegen aus. Mit dieser Lösung subventionierten die Haushalte die Grossunternehmen, die sich am liberalisierten Strommarkt eindecken könnten, sagte sie. SDA

## Gelockerte Vorschriften

Parlament für Ausgleich für Taxis

Bern. Über und andere Fahrdienste sollen gegenüber herkömmlichen Taxis nicht mehr im Vorteil sein. Der Ständerat hat gestern zwei entsprechenden Motionen aus dem Nationalrat zugestimmt. Der Vorstoss des Walliser FDP-Nationalrats Philippe Nantermod verlangt, dass die strengen Vorschriften, die für Taxis gelten, gelockert werden. Für berufsmässige Personentransporte in Personenwagen sollen nur noch das Strassenverkehrsgesetz und das Arbeitsgesetz gelten. Die Fahrtschreiberpflicht oder spezielle Arbeitszeitregelungen sollen aufgehoben werden.

Die Motion von Fathi Derder (FDP, VD) ist offener formuliert. Sie verlangt, dass die Regeln für berufsmässige Personentransporte an die neuen Technologien angepasst werden. Die Verkehrskommission hatte beide Motionen zur Annahme empfohlen.

## Keine Sicherheitsgarantien

Gegen Nantermods Vorstoss gab es jedoch Widerstand. Nur dank Fahrtschreibern könne die Polizei sicherstellen, dass die Fahrer die Arbeitszeiten einhielten und damit weder sich noch ihre Fahrgäste gefährdeten, sagte Géraldine Savary (SP, VD). In einem liberalisierten Taxi-Markt gebe es keine Sicherheitsgarantien mehr. Savary übte auch Kritik an Uber. Die Fahrer verdienten oft nicht genug und müssten von der Arbeitslosenversicherung oder der Sozialhilfe unterstützt werden.

Doris Leuthard hatte mit beiden Motionen kein Problem. Es gebe neue Businessmodelle, die man nicht aufhalten könne. SDA